

Januar/Februar 2026



Linke Opposition in die Gemeinde- vertretung!

Am 15. März 2026 wird in Altenstadt eine neue Gemeindevertretung gewählt. Auch 12 linke Kandidatinnen und Kandidaten treten zur Wahl an: Für soziale Politik, für Arbeitnehmerrechte, für Diplomatie statt Auf-rüstung, für Umweltschutz und für eine auskömmliche Finanzierung unserer Gemeinde. Wir bitten um Ihre Stimme für eine linke Opposition!

Kommunalwahl am 15. März 2026
Die Linke Altenstadt stellt ihre Programmpunkte vor:

1. Bezahlbarer Wohnraum für alle!



Florian Schwarz (31)
Zerspanungsmechaniker

„Wohnen macht arm“. Zu dieser Einschätzung kam der Paritätische Wohlfahrtsverband im letzten Jahr. 21,2 % der Bevölkerung sind von Wohnarmut betroffen. Und in Hessen sind schon heute 44,5 % der Mieterhaushalte berechtigt, eine Sozialwohnung zu beziehen. Doch die sind Mangelware!

Auch in Altenstadt müssen viele Haushalte mehr als ein Drittel ihres Einkommens für Wohnen ausgeben. Und die Mieten steigen weiter! Es gibt zur Zeit

sogar acht obdachlose Menschen in Altenstadt, die in Flüchtlingsunterkünften untergebracht sind, weil der gesetzlich vorgesehene Notwohnraum nicht vorhanden ist.

Von uns auf die Problematik angesprochen, sagte Bürgermeister Imhof, dass es keine Bestrebungen gibt, in Altenstadt sozialen Wohnraum zu schaffen. Und es würde sich für Investoren einfach nicht lohnen, da Sozialwohnungen keine Profite abwerfen.

Weiter auf Seite 2

Fortsetzung von Seite 1

Bezahlbarer Wohnraum

Wohnen ist ein Menschenrecht und kein Spekulationsobjekt für gierige Privatinvestoren! Wir brauchen in Altenstadt nicht noch mehr Einfamilienhäuser, wie beispielsweise im Neubaugebiet Oberau. In Obe-

rau sollen zwar auch drei Mehrfamilienhäuser gebaut werden - unter der Überschrift „Bezahlbarer Wohnraum“. Doch erste Schätzungen zu den Kaltmieten belaufen sich auf 12 € pro Quadratmeter. Wer kann sich das leisten? Und wo sollen die wohnen, die nicht so viel Geld haben?

Die Gemeinde kann sich nicht gänzlich aus der Verantwortung stehlen!

Altenstadt ist letztens der kreiseigenen Wohnungsbaugesellschaft des Wetteraukreises beigetreten. Jetzt gilt es, die dort bereit gestellten Fördermittel auch für bezahlbaren Wohnraum zu nutzen.



Hanna Zimowski (34)
Softwareentwicklerin

2. Demokratie von unten

Wir, als ein sozialistischer Ortsverband, sind der festen Überzeugung, dass sich die Probleme im Land und vor Ort nicht durch einen Parlamentarismus von oben, sondern nur durch eine starke Basisdemokratie von unten beheben lassen. Dazu braucht es euch!

Wir fordern einen Jugend- und einen Seniorenbeirat. Wir halten nichts davon, wenn sich Parteien in geschlossenen Räumen treffen, um über die Köpfe der Bewohner Altenstadts hinweg zu beraten, was wohl das Beste für alle wäre. Woher sollen gut betuchte alte weiße Männer und Frauen wissen, was wohl das Beste für die Jugend ist, oder mit welchen Spielgeräten die Kinder auf den Spielplätzen spielen wollen? Jugendliche brauchen sichere Treffpunkte, wo sie am Wochenende feiern können. Das alte Feuerwehrhaus in Höchst könnte zu einem Jugendzentrum umgebaut werden. Senioren brauchen kostenlose Begegnungsstätten, die nicht ihre halbe Rente auffressen.



Reiner Moosmann (68)
Rentner

3. Inklusion statt Integration

Auf Grund von humanitären Katastrophen, Verfolgung und Krieg kamen im Jahr 2024 1079 Geflüchtete aus der Ukraine und 422 Schutzsuchende aus anderen Ländern in die Wetterau. Deutschland ist ein Einwanderungsland und muss es, aufgrund des

demographischen Wandels auch bleiben. Wir brauchen dringend Fachkräfte in allen systemrelevanten Bereichen. Die Bundesagentur für Arbeit kommt zu dem Schluss, dass jährlich mindestens 400.000 Arbeitskräfte aus dem Ausland benötigt werden, um das System am Laufen zu halten.

Wenn man sich aber beispielsweise die schäbige Geflüchtetenunterkunft in der Waldsiedlung ansieht, fragt man sich schon, wie da Integration funktionieren soll. Ein junger Mann aus Syrien teilte uns mit, dass er schon seit Monaten eine Ausbildungsstelle sucht. Aber von den Behörden bekommt er nur Steine in den Weg gelegt. Geflüchtete brauchen Anlauf- und Beratungsstellen. Eine neue Sprache lernen funktioniert dann am besten, wenn man sich in die Gemeinschaft einbringen kann. Wir Linken sprechen auch lieber von Inklusion statt von Integration. Erstere bedeutet: eine Gemeinschaft kulturell zu erweitern. Während letzteres bedeutet: die eigene Identität unterdrücken.

Wir fordern einen Ausländerbeirat für Altenstadt. Und es braucht Programme und Förderungen zur Inklusion unserer neuen Mitmenschen.



Mike Hanauer (41)
Industriemechaniker

4. Arbeiter aller Ortsteile...

Am 21. September war der 3. Altenstädter Präventionstag. Gastgeber war diesmal die Firma Ille im Gewerbegebiet Waldsiedlung. Redner war unter anderem Walter Kohl, Sohn des Altkanzlers Helmut Kohl. Er sprach zum Thema Suizid. Suizid-Prävention ist ein wichtiges Thema, das wir als Linke natürlich begrüßen. Dennoch hatte diese Veranstaltung etwas verstörend kafkaeskes. Die Firma Ille ist nicht gerade dafür be-

kannt, gute Löhne zu zahlen. Wenn dann noch ein Vermögensberater den Anwesenden etwas zum Thema Burn-Out und Depressionen erzählt, aber dabei die ökonomischen Verhältnisse völlig außer acht lässt, grenzt das schon an Satire.

Faire Löhne zu bezahlen und mehr Wertschätzung für die Mitarbeiter würden da Wunder wirken.

Wir als linker Ortsverband unterstützen die Gewerkschaften bei ihren Arbeitskämpfen um faire Löhne und bessere Arbeitsbedingungen.

Zudem setzten wir uns dafür ein, dass öffentliche Aufträge in der Gemeinde nur an Unternehmen vergeben werden, die sich an Tarifverträge und saubere Lieferketten halten.

5. Patriarchat abschaffen!

Deutschlandweit wurden dieses Jahr 360 Frauen von ihrem (Ex-)Partner getötet. Sexualstraftaten und häusliche Gewalt haben zugenommen.

Gerade in ländlichen Ge-

Bitte umblättern

Fortsetzung

Patriarchat abschaffen!

bieten werden Menschen immer noch aufgrund ihres Geschlechts oder ihrer Sexualität offen diskriminiert. Mobbing queerer Kinder und Jugendlicher beginnt meist schon im Elternhaus. Das erschüttert nicht nur das Vertrauen in die eigene Familie, sondern erhöht das Risiko für psychische Erkrankungen und Suizid. Frauen sind immer noch finanziell schlechter gestellt als Männer. Sie leisten zusätzlich noch die Care-Arbeit, für die sie nicht bezahlt werden.

Männer sehen sich häufig so gefangen in ihren Rollenbildern, dass es ihnen schwer fällt, Gefühle zu zeigen, zu weinen, sich jemandem anzuvertrauen oder gar professionelle Hilfe zu suchen.

Dies erhöht das Risiko für Alkohol- und Drogenmissbrauch, Gewalt und Suizid. Anlaufstellen sind insbesondere in ländlichen Regionen rar. Frauenhäuser, wenn überhaupt vorhanden, meist überfüllt. So genannte „safer Spaces“ für queere Personen findet



Laura Kruppa (30)
IT-Consultant



Alexander Diller (52)
Fachkraft für Arbeits- und Berufsförderung

man fast nur im Internet. Wartelisten, um sich professionelle psychologische Hilfe zu suchen, werden nicht den Risiken gerecht, die eine psychische Erkrankung mit sich bringt.

Alle leiden unter dem Patriarchat und den strikten Rollenbildern, die es uns auferlegt.

Die Linke will Beratungsstellen und Safe-Spaces für Frauen und queere Menschen vor Ort. Informationsveranstaltungen können Vorurteile abbauen.

Wir stehen für ein Altenstadt, in dem jeder Mensch so leben kann, wie er das möchte.

Das Patriarchat kann weg!

6. Günstige Energie für alle

In Altenstadt sollen Freiflächen-Photovoltaik-Anlagen entlang der A45 und anderen freien Flächen entstehen. Das ist erst mal eine gute Sache und die Linke begrüßt diese Entscheidung.

Die CDU fordert eine gemeindeeigene Energie-GmbH. Das geht uns nicht weit genug. Wenn hier schon riesige Solarparks entstehen, müssen alle Bürger Altenstadts daran beteiligt werden. Es kann nicht sein, dass nur die Hersteller, die Pächter und gutbetuchte Menschen an günstigem Strom partizipieren können. Die grüne

Wende ist wichtig aber sie muss auch sozial gedacht werden!

Wir fordern eine gemeindeeigene Energie-Genossenschaft **und** vergünstigten Strom für alle Menschen in Altenstadt und den Ortsteilen.

Altenstadt ist gesetzlich dazu verpflichtet eine Wärmeplanung zu erstellen, welche die Wärmeversorgung der Gemeinde bis 2045 klimaneutral gestaltet.

Obwohl diese Wärmeplanung bis 2028 vorgelegt werden muss, ist bisher nicht viel passiert. Das wollen wir ändern. Altenstadt muss die Wärmeplanung zügig und mit umfassender Öffentlichkeitsbeteiligung durchführen.

Altenstadt könnte zu einer Mustergemeinde der Energiewende werden. Wind, Sonne, Biogas, Klärgas und Batterien können die Gemeinde mit 100 Prozent erneuerbarer Energie versorgen. Außerdem braucht es erweiterte Beratung zur sozial verträglichen Gebäudemodernisierung. Der BUND wird der Gemeinde gerne beratend zur Verfügung stehen.

Des Weiteren unterstützen die Linke den „Energie-Spar-Check“, eine staatlich geförderte Initiative von BUND und Caritas. Er ermöglicht Menschen, die Sozialleistungen beziehen, kostenlose Beratung zum Energiesparen.

Zudem können betroffene Menschen dort ihren energieintensiven Kühlschrank gegen einen moderneren, mit besser Effizienzklasse eintauschen.

7. Altenstadt beleben!

Wir wollen ein Altenstadt das die Menschen miteinander verbindet.

Das alte Wettbüro in der Vogelsbergstraße könnte zu einem Umsonstladen umgewandelt werden.

Dort können dann Menschen Dinge, die sie nicht mehr brauchen, abgeben. Und Menschen mit wenig Geld finden dann vielleicht das ein oder andere, was ihnen das Leben verschönern kann. Den Umsonstladen kann man auch gut mit einer Bücherei und einer Mediathek verbinden.

Dafür setzen wir uns ein. Zudem wollen wir einen On-Demand-Bus in der Gemeinde einführen. Dieser wird dann ehrenamtlich betrieben und fährt alle Ortsteile ab. Dr. Werner Neumann vom BUND hat dazu schon einen Entwurf gemacht, auf den wir uns beziehen wollen.

Der Park, die Grüne Lunge, bietet die Möglichkeit Open-Air Konzerte und Freiluftkino zu veranstalten.

Wichtig ist dabei dass es keine Verzehrpflicht geben darf und Menschen mit wenig Geld sich Getränke und Verpflegung selbst mitbringen dürfen.

Ein Mehrgenerationen-Park, wie der in Büdingen, könnte Menschen wieder näher zusammen bringen.



Herausgeber:
DIE LINKE. Wetterau
ViSdP.: Mike Hanauer
Altenstadt. e-mail:
info@die-linke-wetterau.de

Homepage: www.die-linke-wetterau.de

8. Wer aber vom Kapitalismus nicht reden will, sollte vom Faschismus schweigen !

Antifaschismus fängt bei der Miete an, bei den Preisen im Supermarkt und beim Mindestlohn.

Die neoliberalen Sparpolitik von CDU und SPD hat die autoritäre Wende schon längst vollzogen.

Rechtsradikale Rattenfänger wie die AFD nutzen diese Versäumnisse für ihre völkisch-libertäre Propaganda. Wieder mal müssen Minderheiten als Sündenböcke herhalten, die die Suppe auslößeln sollen.

In vergangenen und aktuellen Krisen haben sich führende Politiker bereichert. Großkonzerne haben ihre Gewinne teilweise verdoppelt, weil ihnen die Regierungen milliardenschwere Steuergeschenke gemacht haben. Das alles, während ein nicht geringer Teil der Bevölkerung am Monatsende kein Geld mehr hat, um sich und die Familie anständig zu ernähren.

Wir als linker Ortsverband beteiligen uns an allen Initiativen und Bündnissen, die sich klar gegen Faschismus und kapitalistische Ausbeutungsverhältnisse aussprechen. Es braucht mehr Aufklärung für junge Menschen aber auch für Erwachsene.

Denn der Schuldige für die prekären Verhältnisse, in die immer mehr Menschen abrutschen, ist nicht der Migrant, der Bürgergeldempfänger oder das Gendersternchen. Es sind die Produktionsverhältnisse, die uns spalten: in die besitzende und die arbeitende Klasse. Dieses Klassenbewusstsein wollen wir wieder deutlich machen.

Den Faschisten gilt es das Handwerk zu legen.

